

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

200011/227

Bad Godesberg, den 28. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |                                                                   | Zeilen |
|-------|-------------------------------------------------------------------|--------|
| 1 - 2 | <u>Ein Jahr Große Koalition</u><br>Wende in der deutschen Politik | 38     |

|    |                                                                      |    |
|----|----------------------------------------------------------------------|----|
| 2a | <u>P A R I S</u><br>Zur Presskonferenz des französischen Staatschefs | 23 |
|----|----------------------------------------------------------------------|----|

|   |                                                                                                   |    |
|---|---------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 3 | <u>Ein schlechter Rat</u><br>Keine Investitionen in der Landwirtschaft?<br>Von Heinrich G. Ritzel | 39 |
|---|---------------------------------------------------------------------------------------------------|----|

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Früher waren die Grenzen offen  
Recht: Auf die Politik einwirken  
Von der Wohlstandsgesellschaft zur Nation  
Vorleistungen schon erbracht  
Den Entspannungswillien glaubhaft gemacht  
Oberschlesier als "unbesungener Held" geehrt  
Jaksch verkörperte das Moralische in der Politik  
1,4 Milliarden Hauptentschädigung für 1968

\* \* \*

## Ein Jahr Große Koalition

-----

### Wende in der deutschen Politik

3p- Vor einem Jahr kam die Große Koalition zustande. Unionsparteien und Sozialdemokraten fanden keinen Ausweg aus der damaligen für alle sichtbaren und spürbaren Misere, als den Versuch zu machen, zusammen mit den Nöten eines gespaltenen Volkes und der Hinterlassenschaft einer gescheiterten Regierung fertig zu werden. Man tut gut daran, entscheidende Tatsachen in Erinnerung zu rufen.

Der damalige Bundeskanzler Erhard - wer spricht heute noch von ihm? - besaß keine Mehrheit mehr im Parlament. Er wagte es nicht, sich dem Vertrauensvotum des Bundestages zu stellen. Die stärkste Regierungspartei, die CDU/CSU mußte sich auf die Suche nach einem neuen regierungsfähigen Kandidaten begeben. Die Wahl fiel nach zweimaliger Abstimmung auf den damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt-Georg Kiesinger. Dass ein Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmte freilich für einen anderen Kandidaten, für den heutigen Verteidigungsminister Schröder. Hier offenbarte sich die innere Schwäche der Unionsparteien. Es bleibt eine Streitfrage, ob sie in der Zwischenzeit die Fähigkeit zur Integration wiedergewonnen haben. Viele Zweifel bleiben offen.

Innen- und außenpolitische Sorgen lasteten auf der Bundesrepublik. Die Richtungslosigkeit der Regierung Erhard/Wende und ihre innere Ohnmacht schlugen sich nieder in der Sorge um die Sicherung des Arbeitsplatzes, um die Senkung des Bundeshaushalts mit seinen Riesendefiziten und um die Sorge der gestörten Beziehungen zu unseren Verbündeten. Das internationale Ansehen der Bundesrepublik war auf einen Tiefstand gesunken, ihre Handlungsfähigkeit nicht mehr vorhanden, ein wahrhaft bedrückender Zustand mit weitgehenden Mächtigenscheinungen.

Die Sozialdemokraten wollten Neuwahlen. Das wäre die sauberste Lösung gewesen. Doch die Unionsparteien und die Freien Demokraten wollten davon nichts wissen. Sie fürchteten wohl die zu erwartenden Wahlergebnisse. Das Grundgesetz läßt Neuwahlen nur zu, wenn sie der Bundespräsident und die Parlamentsmehrheit wollen. Es mußte also eine Lösung im Rahmen der bestehenden parlamentarischen Machtverhältnisse gefunden werden.

Für manche Sozialdemokraten war die Versuchung, eine abwartende Haltung einzunehmen, etwa nach dem Motto: "Laß doch die anderen die Suppe auslöffeln, die sie sich eingebrockt haben". groß und verlockend.

Die große Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion erklärte sich nach einer langen erregenden und mit Leidenschaft geführten Debatte für ein Zusammengehen mit den Unionsparteien in einer Regierung

der Großen Koalition. Die Sozialdemokraten haben sich in ihrer mehr als 100jährigen Geschichte nationalpolitischer Verantwortung nie versagt, sie stellten die Interessen ihrer Partei unter die Interessen der Nation. So 1914, so 1918 als ihnen die Macht durch den Sturz des Hohenzollernreiches zufiel, sie aber vom Volk durch Neuwahl zum Reichstag legitimiert haben wollten.

Es hat nicht viel Sinn in historischen Hintergründen und Beweggründen zu verweilen. Wir sind nach dem Zweiten Weltkrieg eine gesplante Nation und das, was von uns übrig geblieben ist muß gesund und aktionsfähig erhalten bleiben, um für ein größeres Ganzes mit Erfolg wirken zu können. Dieses größere Ganze heißt eine gesicherte deutsche Demokratie in einem wiedervereinigten im größeren Europa eingebetteten Deutschland. Versagen wir, die demokratischen Parteien, in dieser von der Geschichte uns auferlegten Aufgabe, dann laufen wir auch Gefahr, den Rest der Nation zu verspielen.

Im Zeichen der Großen Koalition ist vieles geschehen, was vorher undenkbar war und die großen Parteien untereinander zur unheilvollen Gegnerschaft trieb. Heute gilt es als unumstritten, daß es ohne wirtschaftliche Vorausschau und ohne Orientierungsfakten, hilfreiche Stützen für die Sozialpartner, nicht mehr geht. Das Stabilisierungsgesetz und die mittelfristige Finanzplanung gehören zu den unerlässlichen Instrumenten einer auf die Zukunft gerichteten, beeinflussenden Wirtschafts- und Finanzpolitik. Keine Regierung kann auf diese Instrumente verzichten, sie sind das kostbarste Gut gerade von Sozialdemokraten mit Bifer und Einsicht erworbenen Erkenntnis der Komplexität wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge. Das Prinzip der dynamischenrente ist gesichert worden, für ein Volk, das immer mehr ältere Menschen aufweist, von lebenswichtiger Bedeutung für die Ordnung im sozialen Bereich.

Unser Verhältnis zu Mitteldeutschland und zu unseren östlichen Nachbarn hat, zum Unterschied der Zeiten des Kalten Krieges, eine Durchleuchtung im Sinne einer auf Ausgleich bedachten Politik erfahren. Möger noch so viele ihren Unmut äußern, daß Stoph, der Vorsitzende des Ministerrats im anderen Teil Deutschlands, den zweiten Brief des Bundeskanzlers noch nicht beantwortet hat, neu und geradezu revolutionär ist, daß beide Repräsentanten des geteilten Deutschland in Briefwechsel miteinander stehen.

Die Große Koalition? Sie hat viele Kritiker gefunden, manche von Rechtsaußen meinen sogar, sie wäre nicht nötig gewesen und würde die politische Landschaft unnötig belasten. Sie wissen nicht worüber sie schreiben und reden. Sie tasten im Nebensächlichen herum, sie verkennen die gebieterische Notwendigkeiten deutscher Politik. Sollte es Kräfte geben, die sich diesen Notwendigkeiten versagen, dann wäre es wieder schlimm um die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik bestellt. Dies wäre ein Versagen, das wir uns, schon mit Rücksicht auf unsere Freunde und Verbündeten, und auf die immer noch prekäre Situation im Innern, nicht leisten können. Beide Parteien haben eine Richtschnur, sie ist die Regierungserklärung vom 15. Dezember 1966. Wer sie verläßt oder abwertet begibt sich auf ein schiefes Geleise. Wer kann das wollen?

P A R I S

Zur Pressekonferenz des französischen Staatschefs

sp - Der französische Staatschef de Gaulle, dem unbeugsamer Starrsinn nachgesagt wird, hat eine sicherlich von vielen nicht erwartete Geste getan, die beweist, daß er bereit ist, auf Empfindlichkeiten Rücksicht und von mißverständlichen Äußerungen Abstand zu nehmen. Mit seinen während seiner Polen-Reise gemachten Bemerkungen über den polnischen Charakter der von ihm besuchten Städte in den von Polen verwalteten Gebieten wollte er "weder unsere deutschen Freunde kränken, noch gegen das deutsche Volk Stellung nehmen". Das ist ein offenes Bekenntnis und es belegt den Wert, den die deutsch-französische Freundschaft auch und gerade für den General hat. Der französische Staatschef - in diesem Zusammenhang verdient es Erwähnung - war der erste nichtdeutsche Staatsmann, der den neuen Regierenden von Berlin, Klaus Schütz, empfing und ihm der Unterstützung in allen Berlin betreffenden Fragen versicherte - ein Wort, das die Berliner sicherlich mit Genugtuung vernahmen. Es bezeugt den Respekt des Generals für den deutschen Standpunkt.

Die Aufmerksamkeit der Weltpresse und die Reaktion auf die Pressekonferenz wendet sich freilich mehr jenen Passagen der Rede zu, die sich mit dem von England beantragten Eintritt in die EWG und mit der Stellung des Dollars befassen. Hier fällt die ungewöhnliche Schärfe der Attacke gegen den Dollar und den amerikanischen wirtschaftlichen Einfluß in Europa auf. Aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten erfolgten gereizte Antworten. Glaubt der General im Ernst, er könnte den Dollar als Spitzenwährung verdrängen? Dazu reichen selbst die großen Gold- und Devisenvorräte Frankreichs nicht aus, um den Dollar zu Fall zu bringen.

Es war schon vor der Pressekonferenz klar, daß für de Gaulle die organische Pfund-Abwertung keinen ausreichenden Grund abgab, seine Haltung hinsichtlich des von England und von fünf EWG-Ländern gewünschten Beitritts zur EWG einer Revision zu unterziehen. Der General hält den Zeitpunkt eines Beitritts immer noch nicht für gekommen, wußte aber seinen alten Argumenten keine neuen hinzuzufügen. Zwischen ihm und den übrigen EWG-Ländern bestehen hier unterschiedliche Auffassungen, die sich zunächst durch keinen Brückenschlag überwinden lassen. Man muß dies hinnehmen und auf die Zeit hoffen. Wenn schon ein Vollbeitritt nicht möglich ist, eine Assoziation von Großbritannien nicht gewollt wird, so bieten sich doch Übergangsregelungen und ein pragmatisches Vorgehen an. Auf lange Sicht gesehen kann die EWG auf den Beitritt Englands und anderer beitragswilliger Länder nicht verzichten. Die Gemeinschaft, gestützt auf die Römischen Verträge und auch hingestellt in die internationale Lage, in der wir leben, wird sich nicht sperren können, wie immer das mit Übergangszeiten sein mag. Dies ist der Strom der Geschichte.

+ . . . +

## Ein schlechter Rat

---

### Keine Investitionen in der Landwirtschaft?

Von H. G. Ritzel

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Rehwinkel, hat Presseberichten zufolge vor kurzem aus Anlass der Agrardebatte im Deutschen Bundestag erklärt, die Bauern sollten sich beim Kauf von Düngemitteln, neuen Maschinen und anderen Investitionsgütern stark zurückhalten, "auch wenn das Herrn Schiller nicht passen sollte".

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes ist ein viel zu kluger Mann, um nicht zu wissen, dass diese Aufforderung, Bestellungen zu unterlassen, volkswirtschaftlich und auch aus nationalpolitischen Gründen nicht verantwortet werden kann. Weniger ausgeben heißt in der augenblicklichen Situation unsere Volkswirtschaft schädigen. Da die Bauern Einnahmen zum Teil aus öffentlichen Mitteln bekommen, setzen sie sich einer erheblichen Gefahr aus, wenn sie die Forderung des Herrn Rehwinkel befolgen. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Schmidt-Gellersen hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Fehler der Vergangenheit nicht mit einem Schlag beseitigt werden können und dass die bisherige Politik unrealistischer Versprechen aufhören müsse, vor allem auch um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Wenn Herr Rehwinkel aber jetzt dazu auffordert, notwendige für den Betrieb des Bauern unentbehrliche Investitionen zu unterlassen, dann schädigt er zunächst die deutsche Volkswirtschaft und auf die Dauer auch den Bauernstand. Eines Tages werden die Steuerzahler, die nicht bäuerlicher Herkunft sind, die Frage stellen, ob man nicht die bisherigen Subventionsmittel wenigstens zu einem erheblichen Teil umlagern soll, um Investitionen zu finanzieren, die von der öffentlichen Hand für den Strassenbau oder von der privaten Wirtschaft durchgeführt werden könnten.

Wer also die Perole ausgibt, den Bemühungen zur Überwindung der Depression entgegenzuwirken, muss sich über die möglichen Konsequenzen klar sein. Es ist kein Zweifel, dass die deutsche Landwirtschaft gerade jetzt wieder schweren Tagen entgegen geht. Aber das sollte sie erst recht veranlassen, mit dem gesamten Volksinteresse zusammenzuwirken und nicht sich gegen eine mit vielen Opfern angeleitete Überwindung der Depression zu stellen.